

## Bill im Glück

VON JOSEF JOFFE

Wenn Kanzler Kohl an diesem Wochenende in Washington landet, könnte ihn die Wehmut befallen. Denn Amerika hat es derzeit wirklich besser, wie Goethe einst notierte. Die Rezession, die sich in diesem Jahr in Deutschland erst richtig breitmachen wird, hat sich in den Vereinigten Staaten schon verabschiedet. Das Land steht an einem beidenswerten (und äußerst seltenen) Punkt in der Konjunktur-Kurve, wo alles stimmt: die Wirtschaft wächst, die Inflation fällt; die Zinsen sind so niedrig wie zuletzt vor 20 Jahren, der Dollar steigt; das Defizit schrumpft, die Zahl der Arbeitsplätze bläht sich auf.

In der Bundesrepublik, einst 'Modell Deutschland' geheiß, zeigen fast alle Pfeile in die entgegengesetzte Richtung. Hier wächst die Arbeitslosigkeit zusammen mit den Schulden und dem Haushaltsloch; die Inflation beginnt erst jetzt, unter die Vier-Prozent-Marke sinken; die Zinsen sind offenbar zu hoch, um die Konjunktur zu beflügeln - und zu niedrig, um den Außenwert der Mark zu halten: Seit April 1993 ist die Mark im Vergleich zum Dollar um 20 Pfennig gefallen.

Und deshalb wird sich Helmut Kohl womöglich an das Wort von Walther Rathenau erinnern, wenn er jetzt auf Bill Clinton trifft: 'Nicht die Welt, sondern die Wirtschaft ist unser Schicksal.' Damit hatte der von Rechtsextremen ermordete Außenminister mehrere Festmeter politikwissenschaftlicher Literatur vorausgenommen: Stimmt das Portemonnaie, ist es den Amtsinhabern ein gutes Ruhekitzen. Hat aber der gewöhnliche Bürger das Gefühl, daß sein materielles Dasein zusammen mit der Konjunktur leidet, wird der Wahlzettel zum Kündigungsbrief. Ob Kanzler oder Präsident: Ihnen droht mit dem Niedergang der Wirtschaft der Abgang aus dem Amt.

Das hat zuletzt George Bush am eigenen Leib erlebt. Im März 1991 noch strahlender Golfkriegs-Sieger (mit einer Zustimmungsrate von 91 Prozent), war er im November 1992 der Verlierer im Binnenkrieg, auch 'Präsidentenschaftswahl' genannt. 'Nicht Welt, sondern Wirtschaft' war denn auch das ungeschriebene Motto der diesjährigen State of the Union Address - der 'Rede zur Lage der Nation' -, die der Präsident traditionsgemäß nach der Rückkehr des Kongresses aus den Winterferien hält. Nur anderthalb Seiten von insgesamt elf waren der Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet; die restlichen gehörten der Innen- und Wirtschaftspolitik.

Großzügig gespickt mit Erfolgsstatistiken war die Redevorlage: 1,6 Millionen neuer Jobs allein im Privatsektor während des ersten Clinton-Amtsjahres; die Bändigung des scheinbar ewigen Bundesdefizits, das - so Clinton - im nächsten Jahr nicht 300, sondern nur 180 Milliarden betragen werde; die Beschneidung der Bürokratie, der Abbau von

Handelsschranken in Nordamerika; der Entwurf einer allgemeinen Gesundheitsversicherung. Heute sieht die 'Lage der Nation' so aus, daß Clinton im Wahljahr 1996 geradezu glänzend dastehen könnte: auf dem Höhepunkt der Konjunktur und damit auf dem sichersten Fundament der Wiederwahl, das die Demokratien kennen.

Amerika aber hat es noch in einem tieferen Sinn besser, und der hat mit seinem Wahlsystem zu tun. In der Praxis schafft dieses System häufiger klare Mehrheiten als das deutsche. Ein Mehrheitswahlrecht tendiert zu zwei Parteien, von denen die eine an der Macht, die andere in der Opposition ist. Das Verhältniswahlrecht aber erzeugt viele Parteien und damit den Zwang zur Koalition. Naturgemäß entstehen so keine deutlichen Mandate, die den Wandel beflügeln, sondern Kompromiß-Kabinette, die den Status quo befördern. Damit sind die Deutschen, die Europäer in guten Zeiten nicht schlecht gefahren. Doch wenn es überall brennt, geben Koalitionsregierungen keine schnelle Feuerwehr her.

Clinton hat nun das Glück, daß seine Demokratische Partei beide Häuser des Kongresses beherrscht. Mit diesem Pfunde hat er - wird er - trefflich wuchern können. Viel hat er in seinem ersten Jahr auf den Weg gebracht; 'Politikverdrossenheit' ist deshalb ein Wort, das die Amerikaner nicht kennen - auch wenn es eine Zeitlang so schien, als würden sie einem demagogischen Außenseiter wie Ross Perot auf den Leim gehen. Überdies hat es Clinton geschafft, die Befindlichkeit seiner Nation so gut zu verkörpern, wie es Kohl in den 80er Jahren gelungen war.

Nach 'links' gewandt, offeriert er dem Wahlvolk die nationale Gesundheitsversicherung und Gesetze zur Kontrolle von Handfeuerwaffen - beides längst überfällig. Nach 'rechts' sprechend, hat er in seiner State of the Union-Rede 100 000 Polizisten mehr, schärfere Gesetze gegen Rückfall-Kriminelle, mehr Freiheit bei der Schul-Wahl und eine Wohlfahrts-Reform versprochen, welche die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt beschleunigen soll. Hier mehr Staat, dort weniger; hier mehr Fürsorge, dort mehr Freiheit - Clinton scheint eine Mischung gefunden zu haben, die stark mehrheitsverdächtig ist.

Und deshalb mag man dem Kanzler anlässlich seiner Washington-Visite getrost einen Anfall von Wehmut unterstellen - zumal da fast zwei Drittel der Amerikaner neuerdings glauben, daß Clinton in seinem zweiten Amtsjahr ein 'besserer Präsident' sein wird. Ein Feind bleibt ihm aber, und das ist Clinton selbst - mit seinen Affären und Fehlritten. Mehr als die Hälfte des Wahlvolks meldet: 'Jedesmal, wenn in mir gute Gefühle für den Präsidenten hochkommen, passiert etwas, was gegen ihn spricht.'